

## Zum 65. Jahrestag der Befreiung vom Hitlerfaschismus und zum Potsdamer Abkommen.

Erich Buchholz

Dank der politischen Aufklärung durch meinen Vater und zunehmend aufgrund eigener Erlebnisse gehörte ich im Mai 1945 zu denen wenigen Deutschen, die in der Niederschlagung des Hitler-Faschismus nicht eine Niederlage, sondern eine Befreiung von dieser Verbrecherbande erlebte.

Bereits im August 1945 las sich in Berlin an einer Litfasssäule erstmals das Potsdamer Abkommen.

Dieses historische völkerrechtliche Abkommen konnte nur zustande kommen, weil und nachdem der Hitler-Faschismus, besonders dank der letztlich entscheidenden großen Blutopfer der Soldaten der Roten Armee, militärisch zerschlagen war und sich am 8. Mai 1945 in Berlin-Karlshorst einer bedingungslosen Kapitulation sowie der Besetzung ganz Deutschlands durch die Alliierten Truppen unterwerfen musste.

Eine deutsche Regierung oder Staatsgewalt gab es nicht mehr.

Deshalb übernahmen die Alliierten gemeinsam durch die Oberbefehlshaber der Streitkräfte der USA, des Vereinigten Königreichs (UK), der UdSSR und der Französischen Republik die „höchste Regierungsgewalt in Deutschland“.

In diesem auf die auf die Durchführung der Krimkonferenz in Jalta gerichteten völkerrechtlichen Dokument hatten die Alliierten zwar festgestellt, dass das deutsche Volk anfängt, die furchtbaren Verbrechen zu büßen, die in seinem Namen begangen wurden, aber dem deutschen Volk eine Perspektive in einem einheitlichen demokratischen antifaschistischen friedliebenden Staat eröffnet.

Während ich das Potsdamer Abkommen las, waren die anderen Leute schweigsam und blickten mit finsterem Gesicht auf den Anschlag. Ich aber war hoffnungsvoll.

Ich erinnerte mich daran, dass die Nazis uns, um unsern Kampfesmut zu stärken, über den Morgenthau-Plan unterrichtet hatten. Er sah vor, Deutschland zu zerstückeln und das deutsche Volk letztlich auszurotten –durch Kastration der Männer.

Nun durfte ich hoffen, am Aufbau eines demokratischen antifaschistischen friedliebenden Deutschlands mitarbeiten zu können –damals wusste ich noch nicht wie – und später mit einer eigenen Familie mein Leben führen zu können.

Andererseits erlebte ich sehr bald, deutlich im Jahr 1946 in West-Berlin, wo ich damals lebte, wie der alte nazistische Ungeist in den Medien, auf der Straße, im Krankenhaus, wo ich lange Zeit lag, noch lebendig war. Es war dasselbe

Vokabular, das ich bis Mai 1945 tagtäglich von morgens bis abends hatte über mich habe ergeben lassen müssen: Antibolschewismus, Antikommunismus, Antisozialismus und als Nationalismus: Alles war noch da.

Nur das Hakenkreuz kam nicht mehr vor; auch den Deutschen Gruß hatte man weggelassen, man sprach auch nicht mehr von Partei- und Volksgenossen, aber selbst der Antisemitismus war – wenngleich nicht offen – durchaus noch lebendig.

Die CDU führte ihren Wahlkampf 1946 unter der verdummenden Losung: Freiheit oder Sozialismus

Spätestens zu dieser Zeit wurde mir klar, welche immense intensive geistige Aufklärungsarbeit unerlässlich sein würde, um das zu verwirklichen, was uns die Alliierten im Potsdamer Abkommen als Perspektive eröffnet hatten.

Zu diesem fortwirkenden alten Geist gehörte die Diffamierung des Nürnberger Urteils über die Hauptkriegsverbrecher, das ein neues Kapitel im Völkerrecht, namentlich im Völkerstrafrecht aufgeschlagen hatte, als „Siegerjustiz“!

Das war der Auftakt zur Reinwaschung der Nazis in Westdeutschland!

Das Potsdamer Abkommen war darauf ausgerichtet, den Hitler-Faschismus in Deutschland mit Stumpf und Stiel auszurotten.

Das aber bedeutete vor allem, seine materiellen, sozialökonomischen Wurzeln auszureißen.

An erster Stelle stand die Beseitigung des Junkertums, jener Klasse, die über Jahrhunderte die armen Leute ausbeutete, sich auf das Militärische konzentrierte und an der Vorbereitung und Durchführung der beiden Weltkriege maßgeblich beteiligt hatte.

Deren Beseitigung als Klasse durch eine Bodenreform war eine überfällige historische Notwendigkeit. Sie war unmittelbar dadurch gerechtfertigt, dass gerade aus dieser Klasse, Kaste – abgesehen von einigen, wie später Hitler die Gefolgschaft versagten – all die Kräfte hervorgegangen waren, die auch in der Weimarer Republik sich auf eine Revanche vorbereiteten, den zweiten Weltkrieg, zunächst insgeheim, vorbereitet und am verbrecherischen Hitler-Krieg maßgeblich beteiligt war.

Über diese historische Notwendigkeit und Berechtigung hinaus hatte die Enteignung der Großgrundbesitzer, besonders der ostelbischen mit ihren riesigen Latifundien, eine ungemein praktische Bedeutung:

Seit Anfang 1945 hatten die Nazis die Deutschen östlich von Oder und Neiße in die Gebiete des Reichs befohlen, die westlich dieser Linie lagen. Anfang Mai war die überwiegende Masse jener Deutschen aus den Gebieten östlich von

Oder und Neiße verbracht worden. Denn deutsches Blut durfte nicht den „bolschewistischen Horden“ und „Untermenschen“ überlassen werden.

Aufgrund der Festlegung der Alliierten mussten diese Millionen westlich dieser Linie eine neue Heimat finden und Lebensmöglichkeiten erhalten.

Da sie in großer Zahl aus ländlichen Gebieten kamen, war es bedeutsam, ihnen durch die Bodenreform als Neubauern eigenes Land zu geben, von dem sie sich und ihre Familien ernähren konnten.

Während die Umsiedler in Ostdeutschland wieder Boden unter die Füße bekamen und sich hier ein eigenes Leben gestalten konnten, blieben viele dieser aus den Gebieten östlich von Oder und Neiße nach Westdeutschland verschlagenen Deutschen dort lange Zeit Mägde und Knechte bei Großbauern und Junkern.

Allein diese Tatsachen sprechen für sich und begründen die Gerechtigkeit der Bodenreform; eine solche war übrigens auch von den westlichen Alliierten für Westdeutschland durchaus anvisiert worden.

Von entscheidender Bedeutung war, diese Bodenreform noch im Herbst 1945 durchzuführen, vor der Herbstbestellung des Bodens. Der agrotechnische Ablauf gestattete keine Verzögerung – andernfalls Hungersnot und andere Probleme drohten.

Wegen der in Ostdeutschland zeitgerecht durchgeführten Bodenreform konnten die Neubauern ihren eigenen Boden bearbeiten, sie konnten dort pflügen, eggen und säen, um im Sommer 1946 ihre eigene Ernte einbringen zu können.

Die unter der Führung von Kommunisten, Sozialdemokraten und anderen Antifaschisten mit Unterstützung der sowjetischen Besatzungsmacht durchgeführte Bodenreform war eine historische Großtat ohne Beispiel.

Um den Hitler-Faschismus in Deutschland mit Stumpf und Stiel auszurotten war weiterhin unerlässlich, die Nazi- und Kriegsverbrecher zu enteignen. Sie waren die hauptsächlichen Kriegsgewinner. Auf Kosten des Volkes und anderer Völker hatten sie sich maßlos bereichert.

Im Lande Sachsen erfolgte dies auf der Grundlage eines Volksentscheids, in den anderen ostdeutschen Ländern aufgrund entsprechender Landesgesetze.

Diese beiden demokratischen Maßnahmen waren die Voraussetzung für die Entstehung von Eigentum des Volkes, dafür, dass in der DDR später an allen wesentlichen Produktionsmitteln Volkseigentum bestand.

Als Jurist habe ich ausdrücklich hervorzuheben, dass all Maßnahmen der grundlegenden demokratischen Umgestaltung der Gesellschaft - angefangen von der Bodenreform über die Enteignung der Nazi- und Kriegsverbrecher, die Reformen in der Verwaltung, im Schulwesen, im Justizwesen und immer stärker in der Wirtschaft nicht nur historisch gerechtfertigt waren, sondern sämtlich auf gesetzlicher Grundlage erfolgten.

Vielfach waren es Gesetze der sowjetischen Besatzungsmacht (in Befehlsform), maßgeblich waren dann die Länderverfassungen, weiter ergingen – über den Volksentscheid in Sachsen hinaus - Gesetze der ostdeutschen Länderparlamente und später die Gesetze der Volkskammer der DDR.

Allerdings waren dies grundlegend neue demokratische Gesetze, Gesetze im Interesse des Volkes.

Die aus der Kaiserzeit stammenden alten Gesetze und Gesetzbüchern, die mit einigen Modernisierungen in der Bundesrepublik auch heute noch gelten, hätten für eine solche demokratische Umgestaltung der Gesellschaft keine Rechtsgrundlage abgegeben.

An dieser Stelle ist gegen Entstellungen und Verdrehungen unserer Gegner besonders herauszustellen:

Der eigentliche Grund dafür, warum sie mit besonderer Gemeinheit und Raffinesse die - nicht mehr bestehende DDR – verleumden, diffamieren und mit Schmutz bewerfen, besteht nicht – wie von ihnen behauptet wird - in irgendwelchen angeblichen Ungesetzlichkeiten, nicht rechtstaatlichen oder nicht demokratischen Maßnahmen, sondern darin, dass die Ostdeutschen – mit Unterstützung ihrer Besatzungsmacht – es gewagt hatten, an der Heiligkeit des Privateigentums zu rütteln.

Das war und ist in deren Augen die eigentliche Untat in Ostdeutschland und in der DDR.

Denn nichts ist für sie wichtiger als die Unantastbarkeit und Ewigkeiten des Privateigentums. In ihrer Gesellschaft steht das Privateigentum über allem!°

Auch muss klarstellend betont werden:

In Ostdeutschland wurde nicht das Eigentum als solches, das Eigentum der Bürger, angetastet, sondern nur das Privateigentum an Produktionsmitteln. Das persönliche Eigentum der Bürger blieb davon unberührt und wurde durch die Verfassung und die Gesetze der DDR geschützt.

Aber das persönliche Eigentum der Bürger interessiert unsere Gegner überhaupt nicht.

Für sie ist wesentlich die Erhaltung des Privateigentum an Produktionsmitteln, an Banken, Versicherungen, Patenten und allem anderen für Profiterzielung nutzbaren Werten.

Zur charakteristischen Verschleierungsfunktion des überkommenen Rechts gehört, hinter abstrakten Allgemeinbegriffen, wie Eigentum und Freiheit, das „Eigentliche“, nämlich das Profitinteresse zu verstecken und außerdem den Bürgern zu suggerieren, man solle sich um ihr persönliches Eigentum!

Als eine weitere Lehre aus der Befreiung vom Hitlerfaschismus ist daran zu erinnern, dass die Nazis 1933 Dank der Hilfe des Kapitals, der Junker und Militaristen aus den Händen des Junkers Generalfeldmarschalls von Hindenburg die Regierungsgewalt nur deshalb übertragen bekommen konnten, weil die deutsche Arbeiterbewegung gespalten war.

Sie hatten die fundamentale Erkenntnis aus dem Kommunistischen Manifest, sich zu vereinigen, nicht beherzigt. Deshalb bestand eine erste Schlussfolgerung nach der Befreiung darin, diese Spaltung der Arbeiterbewegung zu überwinden – was Anstrengung und Geduld verlangte.

Entgegen allen Lügen und Verleumdungen war bei der überwiegenden Mehrheit der Genossen beider Parteien, von denen viele in den KZ der Nazis gleichermaßen geschunden und ermordet worden waren oder sich in die Illegalität und in die Emigration hatten begeben müssen, der heiße Wunsch, das tiefe Bestreben, nicht nur zusammen zu gehen, sondern sich auch zusammenzuschließen unübersehbar unüberhörbar.

Darin sahen die reaktionären Kräfte, auch die westlichen Besatzungsmächte, eine Riesengefahr.

Deshalb wurde dort, wo sie etwas ausrichten konnten, ein solcher Zusammenschluss mit allen Maßnahmen verhindert. Wilhelm Pieck und Otto Grotewohl wurde verboten, in Westdeutschland für dieses Anliegen zu werben. Auch in West-Berlin wurde der Zusammenschluss von KPD und SPD rigoros verhindert.

Das erste greifbare Ergebnis dieser reaktionären Machenschaft war bei den Wahlen 1946 zu erleben: in Gestalt der SED und der SPD traten in West-Berlin zwei Arbeiterparteien gegeneinander an.

Davon profitierten die reaktionären Kräfte.

Warum wurde die im Potsdamer Abkommen vorgezeichnete konsequente Überwindung des Hitler-Faschismus nur in Ostdeutschland vorgenommen? Warum wurde sie in Westdeutschland verhindert?

Ich erinnere daran, dass – neben vielen anderen progressiven Bestimmungen in westdeutschen Länderverfassungen - auch in der durch Volksentscheid am

11.12.1946 angenommenen Verfassung des Landes Hessen im Art. 41 die Überführung der Schwerindustrie in Gemeineigentum vorgesehen war; schließlich hatten deren Eigentümer“ durch die Rüstungsproduktion ganz besonders am Krieg profitiert. Die britische Besatzungsmacht stornierte diesen Artikel, weil auch sie das Privateigentum, namentlich das an Produktionsmitteln, nicht angetastet lassen wollte.

Wenn über die Befreiung vom Hitler-Faschismus aus gegebenen historischen Anlass zu reden ist, darf nicht ausgeblendet werden, auf welche Weise das Hauptziel des Potsdamer Abkommens, die Entwicklung eines einheitlichen demokratischen antifaschistischen friedliebenden Deutschlands zunichte gemacht wurde - nämlich durch die Spaltung Deutschlands.

Wie und vor allem warum kam es dazu?

Seit ab Spätsommer 1944 hatte die Rote Armee durch ihre unübersehbaren Siege zunehmend großes internationales Ansehen erlangte - und mit ihr auch die Sowjetunion und Stalin persönlich.

Die Idee des Sozialismus gewann zunehmend weltweit an Boden und mobilisierte die Unterdrückten allüberall, auch in den Kolonien, besonders in Indien und in Vietnam, dann auch in Afrika, in Süd- und Mittelamerika: in China führte der Lange Marsch seit 1934 nach der Befreiung vom japanischen Militarismus schließlich am 7. Oktober 1949 zur Gründung der chinesischen Volksrepublik.

In Europa hatte die Rote Armee viele Völker Osteuropas befreit und dann auch den Osten Deutschlands besetzt; Jugoslawien hatte sich unter Titos Kämpfern vom Faschismus selbst befreien können, auch in Griechenland war eine Volksbefreiungsarmee bei der Zerschlagung der Hitler-Faschisten erfolgreich; auch sie kämpfte für eine Volksdemokratie und sah sich schon ihrem Ziel nahe. Da dort keine sowjetischen Truppen standen, nutzten die Briten diese Situation. Sie okkupierten dieses vom Hitlerfaschismus befreite Land und setzten die Obristendiktatur in den Sattel.

Auch in Italien und Frankreich hatten die antifaschistischen, demokratischen Kräfte einen beispiellosen Aufschwung erreichen können. Über eine Volksfront strebten sie auch dort wirkliche Demokratien, Volksdemokratien an.

Die 1944, weitgehend aus der Résistance, neu geschaffene französische Armee rekrutierte sich stark aus der französischen Widerstandsbewegung. Unter ihren Offizieren, dann der der französischen Besatzungsmacht, waren nicht wenige Kommunisten – sie wurden später abrufen.

Diese weltweite demokratische antiimperialistische Entwicklung war für die nach Roosevelts Tode neue reaktionäre USA-Administration unter Truman als eine für sie lebensgefährliche Bedrohung ab- und anzusehen.

Hatten die USA im Ergebnis des ersten Weltkrieges mit nur geringem Blutvergießen eine Weltmachtposition einnehmen können und hat sie diese im Ergebnis des Zweiten Weltkriegs – ebenfalls mit nur geringem Blutvergießen - ausbauen können, so mussten sie sich eingestehen, dass im Ergebnis des Sieges der Roten Armee über den Hitler-Faschismus eine starke zweite Weltmacht erstanden war - noch dazu eine sozialistische.

Wenn im Gefolge des internationalen Ansehens der Sowjetunion nicht nur in China, später in Vietnam und auch an anderen Erdteilen sozialistische Ideen Fuß fassen würden, würde das Ende des Imperialismus abzusehen sein.

Das war lebensgefährlich für den US-Imperialismus, ja für das Kapital im Weltmaßstab. Kündigte sich etwa sein Ende an?

Eine weiteres hatten sie zu bedenken:

Wenn das Potsdamer Abkommen verwirklicht wird, wenn hier ein friedliebendes demokratisches antifaschistisches einheitliches Deutschland entstehen würde, mit dem ein Friedensvertrag abzuschließen wäre, würde den US-amerikanischen Truppen der Rechtsgrund ihrer Anwesenheit in Deutschland - und damit in Europa – verloren gehen, Den US-amerikanischen Truppen würde der Rechtsgrund ihrer Anwesenheit in Deutschland - und damit in Europa – verloren gehen!

Man hätte die Truppen, die mit Mühe und Kosten über den großen Teich nach Europa gebracht worden waren, wieder zurückziehen müssen.

Das durfte nicht sein!

Wo hat jemals eine imperialistische Armee, die in anderen Ländern Fuß gefasst hatte, sich wieder zurückgezogen?

Freiwillig niemals!

Vietnam mussten sie verlassen, weil sie militärisch und politisch geschlagen waren.

Aus ihrer Sicht musste unverzüglich gehandelt werden – ehe es zu spät geworden wäre.

Mit dem Abwurf der ersten Atombomben auf Hiroshima und Nagasaki wurde der kalte Krieg eingeläutet.

Dieser Abwurf war „eigentlich“ gar nicht gegen Japan gerichtet; seine Kapitulation war, nachdem die Rote Armee auch gegen Japan zum Zuge kam eine Frage von Tagen.

Adressat dieses Atombombenabwurfs war die Sowjetunion – Stalin persönlich, wie Truman es ihm am Rande der Konferenz in Cecilienhof beibrachte. Es war eine Machtdemonstration gegen die sozialistische UdSSR.

Die japanischen Bewohner von Hiroshima und Nagasaki waren nur das „atomare Kanonenfutter“, das Versuchskaninchen mit menschlichem Antlitz - in rassistischer Denkweise waren es ohnehin nur Asiaten – ganz so, wie man später in Vietnam unmenschlich wüstete, auch weil es „nur“ Asiaten waren.

Eine ideologische Vertiefung erfuhr der „kalte Krieg“ in Churchills berüchtigter Fulton – Rede, die den Ansichten Trumans entsprach.

Um von vornherein ein sozialistisches oder gar kommunistisches Europa zu verhindern, brauchte es eines „Grundes“ für fortdauernde Anwesenheit US - amerikanischer Truppen in Europa; insbesondere benötigte man das militärische Potenzial der Deutschen. Das wurde durch seine Einbeziehung in die gegen die Sowjetunion gerichtete Militärallianz, die NATO, strategisch in Angriff genommen.

Wie konnte dies erreicht werden?

Solange das besiegte Deutschland von den Alliierten gemeinsam verwaltet wurde, ging solches nicht.

Die erste Voraussetzung für die Durchführung der Pläne der USA Imperialisten war daher die Spaltung Deutschlands.

Wie agiert das Kapital?

Mit Geld!

Begonnen wurde die Spaltung Deutschlands mit einer insgeheim langfristig, bereits im November 1947 komplett vorbereiteten separaten Währungsreform vom Sommer 1948.

Zuvor war bereits im September 1947 auf der Pariser Konferenz – also ein Vierteljahr vor dieser „Währungsreform“ - als maßgeblicher Schritt zur Spaltung Deutschlands die einseitige Einbeziehung der - inzwischen als eigenständige wirtschaftliche Verwaltungseinheit errichteten - (westdeutschen) Bi-Zone in die „Marshallplanhilfe“, mit Kapital aus den USA mit der Folge entsprechender Abhängigkeit, verabredet worden.

Das war die währungsmäßige und damit die ökonomische Spaltung Deutschlands, die Ostdeutschland – wie beabsichtigt – dauerhaft enormen



wirtschaftlichen und politischen Schaden brachte und – aus heutiger Sicht - als erster Schritt zur schließlichen „Befreiung der Soffjetzone“ (im Vokabular Adenauers) anzusehen ist.

Wie aber konnte man das militärische Potenzial der Deutschen gegen die Sowjetunion zur Geltung bringen?

Die ideologische Bereitschaft zu einer Revanche war bei den Nazis und den Kommandeuren der Hitler-Armee vorhanden; Verbände dieser Wehrmacht existierten noch (wenngleich nicht unter Waffen).

Aber eine Armee schaffen konnte man damit noch nicht.

Auch wenn die westdeutschen Länder nach der separaten Währungsreform in einem Wirtschaftsverbund mit seinem Wirtschaftsrat zusammengeschlossen worden, ließ sich auf dieser Basis, auf der Grundlage eines wirtschaftlichen Zusammenschlusses von Ländern, keine Armee aufbauen

Dazu brauchte man einen eigenständigen westdeutschen Staat.

Diese elementare Wahrheit wird fast nie erkannt, obwohl kein geringerer als Rudolf Augstein es schon damals ausgesprochen hatte:

Üblicherweise schafft sich ein Staat, wenn notwendig, eine Armee.

In Westdeutschland ging es genau andersherum:

Um eine westdeutsche, in die NATO einzugliedernde Armee aufzubauen, bedurfte es eines westdeutschen Staates. Dazu wurde dieser geschaffen.<sup>1</sup>

Die Staatsgründung war somit das Mittel, das Instrument, das Vehikel für den Aufbau der westdeutschen Armee im Rahmen der NATO gegen die UdSSR.

„Dieses Kind des kalten Krieges“ – schreibt er zutreffend – „war zum Frontsoldaten ausersehen, sonst hätte es das Licht der Welt nicht erblickt.“<sup>2</sup>

Auch das ging nicht ohne weiteres, man muss es geschickt und verdeckt anfangen.

In Adenauer hatte die USA-Administration einen geeigneten Unterstützter ihres Vorhabens.

Unmittelbar nach der separaten Währungsreform ordneten die Militärgouverneure der drei westlichen Besatzungsmächte am 1. Juli 1948 im „Frankfurter Dokument I“ an, bis zum 1. September 1948 – also innerhalb von zwei Monaten! – für Westdeutschland einen (demokratisch aussehenden)

---

<sup>1</sup> Rudolf Augstein „Waffen statt Politik“ in: Bilanz der Bundesrepublik „Magnum“ Sonderheft Köln, 1961, S.48

<sup>2</sup> Helmut Ridder, „Die Souveränität der BRD und ihre Position in der westlichen Allianz“, Blätter für deutsche und internationale Politik (Köln) 1982/8, S. 920 ff, hier S. 928

Verfassungskonvent einzuberufen, der diese Verfassung ausarbeiten und verabschieden sollte.

Adenauer unterließ diesen Befehl, indem er anstelle einer durch einen Verfassungskonvent anzunehmenden westdeutschen Verfassung durch Experten, weitab vom Volk auf einer Insel im Chiemsee, ein „Grundgesetz“ (GG) ausarbeiten und dieses durch einen von ihm installierten „Parlamentarischen Rat“ am 23. Mai 1949 sanktionieren und verkünden ließ. Das GG wurde den Westdeutschen daraufhin – ohne ihre demokratische Beteiligung - vorgesetzt.

Dann wurden - unmittelbar nach der Sommerpause als viele Westdeutschen die neuen Möglichkeiten in ihrem Urlaub genutzt hatten - die Bundestagswahlen durchgeführt und mit dem Zusammentritt des Bundestages am 7.9.1949 der westdeutsche Staat etabliert.

Bemerkenswerterweise hatte dieser Staat niemals einen Staatsfeiertag!

Das Haupthindernis für die Einbeziehung Westdeutschlands in die NATO waren die antifaschistischen Kräfte, voran die Kommunisten und anderen Demokraten, Sozialisten, friedliebende Bürger, die über die spalterischen Absichten Adenauers in Sorge waren und aktiv gegen die Einbeziehung Westdeutschlands in die NATO sowie gegen die Aufrüstung und die Gefahr eines Bürgerkrieges auftraten..

Mit allen dem gerade erst erstandenen westdeutschen Staat zur Verfügung stehenden polizeilichen und juristischen Mitteln wurde gegen diese demokratischen friedliebenden Kräfte vorgegangen, mit einer beispiellosen Verfolgung dieser, die buchstäblich in vielem an die der Nazis erinnerte.

Ein aller Eile wurde ein Extra-Strafgesetz nur für diesen Zweck geschaffen. Das dann als „Blitzgesetz“ bekannt wurde.

Hunderttausende wurden – auch mit Berufsverboten – verfolgt, zehntausende wurden eingesperrt. Schließlich wurde die Kommunistische Partei Deutschlands in einem verfassungsrechtlich höchst bedenklichen Verfahren durch das BVerfG verboten.

Auch wenn all dies zum Schein in rechtstaatlichen Formen ablief, war es der Sache nach die Wiederholung der Verfolgung der Kommunisten und anderer Antifaschisten durch die Nazis.

Der geistige Vater dieses Blitzgesetzes war nicht zufällig ein Jurist aus den nazistischen Justizministerium: Dr. Josef Schafheutle, Spezialist für „Hochverrats- Paragrafen“ .

Diese Strafverfolgung war dermaßen undemokratisch und rechtsstaatlich bedenklich, dass der Zweite Senat des BVerfG am 21. März 1961 den zentralen § 90 a StGB für nichtig erklären musste, nachdem die Verfolgungen nach dieser Vorschrift über Jahre erfolgt waren.

Auch hatte man Jahre später stillschweigend dieses unerträgliche Blitzgesetz durch andere Strafbestimmungen abgelöst.

Wegen des schlechten Gewissens duldete man auch eine Neugründung in Gestalt der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP) und man tolerierte vielfältige Bestrebungen, die eine Rehabilitierung der unschuldig Bestraften und Verfolgten forderte.

Mit dem makabren Wort, solches sei im Bundestag „politisch nicht machbar“ wurden von vielen Seiten unternommene Bestrebungen einer Rehabilitierung zunichte gemacht.

Dieses dunkelste Kapitel der Geschichte der BRD ist nach wie vor ein Tabu.

Entgegen der spalterischen Einbeziehung des ökonomisch mächtigeren Teils Deutschland in die antisowjetische Wirtschafts- und Militärpolitik der USA konnte in Ostdeutschland unter dem ständigen Beschuss aus der BRD eine beispiellos demokratische rechtsstaatliche friedliebenden antifaschistische Staatsordnung mit unvergleichlichen sozialen und kulturellen Menschenrechten aufgebaut werden

Diese unserer Deutsche Demokratische Republik wurde – in juristischen Formen ohne deutsche Knobelbecher – in die ihr über 40 Jahre offen als Feind gegenüber stehende Bundesrepublik mit all ihrem Humankapital und ihren ökonomischen Werten einverleibt,

Dieses Ende der DDR beruhte nicht auf zweifellos vorhanden gewesenen innerstaatlichen Problemen, auch nicht auf einer hohen Auslandsverschuldung, die nach heutigen Maßstäben marginal war.

Ursächlich war vielmehr eine Verschiebung des internationalen Kräfteverhältnisses zu Ungunsten des sozialistischen Lagers, die in Fehlern und vor allem in verräterischem Verhalten der letzten Verantwortlichen in Moskau, vor allem Gorbatschows, begründet ist.

Was lehrt uns das alles ?

Der Weg in Ostdeutschland, der Aufbau der Deutschen Demokratischen Republik war richtig: es wurde ein antifaschistischer, friedliebender und demokratischer sozialer Rechtsstaat geschaffen, wie es ihn in der deutschen Geschichte nie zuvor gegeben hatte.

Ebendeshalb ist die DDR mit Fug und Recht als die größte Leistung der deutschen Arbeiterklasse zu erkennen.

Deshalb muss die Wahrheit über diesen Staat überall gegen alle Verleumdung und Hetze verteidigt und verbreitet werden,

Wessen dürfen wir uns rühmen, wenn nicht unserer Deutschen Demokratischen Republik!